

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/2427

Der Chef der Staatskanzlei
des Landes Schleswig-Holstein
Der Bevollmächtigte des Landes
Schleswig-Holstein beim Bund



Der Chef der Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein
Postfach 71 22 | 24171 Kiel

Vorsitzenden des Europaausschusses
Herrn Peter Lehnert, MdL
Schleswig-Holsteinischer Landtag
Postfach 7121
24171 Kiel

17. Februar 2014

Sehr geehrter Herr Lehnert,

in der Anlage finden Sie, wie erbeten, einige kurze Hinweise auf wichtige oder für das Land Schleswig-Holstein bedeutsame Ergebnisse der 919. Bundesratssitzung vom 14. Februar 2014 zu Ihrer Information.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Stefan Studt

Anlage

Bericht der 919. Sitzung des Bundesrates am 14.02.2014

Zu TOP 15 Verfahrensgarantien in Strafverfahren...

Zu diesem Vorschlag der EU-Kommission, der die schrittweise Stärkung der Rechte Verdächtiger oder Beschuldigter in Strafverfahren durch die Festlegung gemeinsamer Mindestvorgaben für Verfahrensrechte anstrebt, hat der Bundesrat mit großer Mehrheit und den Stimmen Schleswig-Holsteins eine Stellungnahme beschlossen. Darin wird u.a. betont, dass der Bundesrat das Ziel der Kommission unterstützt, den Schutz von in Strafverfahren verdächtigten oder beschuldigten Kindern europaweit zu stärken. Einige der vorgesehenen Regelungen werden aber auch als zu weit gefasst, oder unverhältnismäßig kritisiert. Deshalb wird die Kommission um Überarbeitung des Vorschlags gebeten und hierbei auch die Belange eines zügigen und effektiven Strafverfahrens, eines hohen Niveaus der öffentlichen Sicherheit, eines wirksamen Opferschutzes und der Begrenzung zusätzlicher Kosten für die öffentlichen Haushalte angemessen und hinreichend zu berücksichtigen.

Zu TOP 17 Freizügigkeit

Auch zu dieser Mitteilung der Kommission, die im Schwerpunkt die Rechte und Pflichten und die Bedingungen erläutert, unter denen Bürgerinnen und Bürger einen Anspruch auf Freizügigkeit, Sozialhilfe und Leistungen der sozialen Sicherheit haben, hat der Bundesrat mit Stimmen Schleswig-Holsteins eine Stellungnahme abgegeben. Er bekennt sich darin unter anderem ausdrücklich zur Freizügigkeit von Unionsbürgerinnen und -bürgern und ihren Familienangehörigen als eine der wichtigsten Errungenschaften der europäischen Integration und anerkennt, dass die von der Kommission skizzierten Maßnahmen eine geeignete Grundlage für eine künftig effiziente Abstimmung zwischen den Mitgliedstaaten bieten.